Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Bonn/ Berlin, den 15. Oktober 2018

Schriftlicher Bericht

für die 62. Amtschefkonferenz und die 91. Umweltministerkonferenz vom

07.-09. November 2018 in Bremen

TOP 42: Verwendung von Baustoffen aus Recyclingmaterial stärken

Berichterstatter: Bund

Im Rahmen der 88. Umweltministerkonferenz wurde der Bund gebeten, mögliche Ansätze zur Stärkung des Recyclings von Bauprodukten im Rahmen eines F&E-Vorhabens zu untersuchen und der UMK zur 91. Sitzung hierzu zu berichten.

In Umsetzung dieser Bitte vergibt das Umweltbundesamt im Rahmen des Ressortforschungsplanes 2018 in diesen Tagen ein Vorhaben mit dem Titel "Prüfung möglicher Ansätze zur Stärkung des Recyclings, zur Schaffung von Anreizen zur Verwendung recycelbarer Materialien und zur verursachergerechten Zuordnung von Entsorgungskosten im Bereich der Bauprodukte".

Im Rahmen des Forschungsvorhabens werden folgende Aspekte betrachtet und untersucht:

- Darstellung der Beiträge / Einflussmöglichkeiten der unterschiedlichen Akteure im Zusammenhang mit der Entwicklung und dem Einsatz möglichst recycelbarere Bauprodukte sowie rezyklierter Baustoffe (Akteursanalyse);
- Darstellung der bestehenden Entsorgungspraxis und Entsorgungskosten bei Baustoffen;
- Darstellung des nationalen und europäischen Rechtsrahmens sowohl im Bereich des Kreislaufwirtschafts-, des Chemikalien- als auch des Baurechts
- Auswertung bestehender Beispiele, in denen bereits Baustoffe rezykliert werden;

- Ableitung von Vorschlägen für Materialien / Produkte, bei denen es grundsätzliche zielführend erscheint, Anreize zur Verwendung recycelbarer Materialien und zur verursachergerechten Zuordnung zu schaffen;
- Entwicklung von unterschiedlichen Modellen zur Stärkung des Recyclings für die geeigneten Materialien / Produkte unter Berücksichtigung definierter Kriterien (u.a. Prüfung der Möglichkeiten zur Übertragung des Prinzips der abfallrechtlichen Produktverantwortung auf Bauprodukte);
- Bewertung der abgeleiteten Modelle im Hinblick auf deren technische und rechtliche Umsetzbarkeit sowie unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte;
- Ableitung von Empfehlungen zur Stärkung des Recyclings von Bauprodukten.

Alle relevanten Akteure – selbstverständlich auch die Länder – werden im Rahmen von Gesprächen und Workshops die Möglichkeit haben, ihre Expertise und Interessen einzubringen.

Für das Vorhaben ist eine Laufzeit bis Dezember 2019 vorgesehen. Über die Ergebnisse wird das BMU der UMK anschließend berichten.